

Zielvereinbarung „Schulische Bildung“

der Modellregion Dithmarschen/Steinburg
im MORO „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährung der öffentlichen Daseinsvorsorge“

Ziele und Grundsätze:

- In der Region Dithmarschen/Steinburg soll mit der Perspektive 2020 eine Schulstandortstruktur entwickelt und gesichert werden, die bei hoher Kosteneffizienz auch in der Fläche ein gut erreichbares und qualitativ hochwertiges schulisches Bildungsangebot zur Sicherung gleichwertiger Zukunftschancen der Jugend auch in den ländlichen Teilräumen gewährleistet und damit maßgeblich zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region als Wohn-, Arbeits- und Lebensstandort für Familien beiträgt.
- Bei der Zielerreichung ist eine stetige und sensible Abwägung zwischen Ortsnähe und Erreichbarkeit einerseits und der für eine hohe Ausbildungsqualität erforderlichen Bündelung des Ausbildungsangebotes kritischen Masse andererseits erforderlich.

Im Primarbereich haben Ortsnähe und Erreichbarkeit sehr hohe Bedeutung. In der Region sollen grundsätzlich flächendeckend möglichst viele Grundschulstandorte (Primarstufe) mit guter Erreichbarkeit erhalten werden. Um dieses Ziel zu erreichen und gleichzeitig die Vorgaben des Schulgesetzes des Landes zu erfüllen, sollen:

- alle Schulstandorte, die nach den Modellrechnungen (siehe beigefügte Dokumentation) mindestens 40 Schüler haben werden, erhalten bleiben und
- soweit sie nicht die für eine eigenständige Schule erforderliche Zahl von 80 Schülern gewährleisten können, Kooperationen mit anderen Grundschulstandorten eingehen.

Im Sekundarbereich muss die Ausbildungsqualität höchste Priorität haben. Es sollen deshalb alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, durch Kooperationen hohe Ausbildungsqualität und gute Erreichbarkeitswerte zu verbinden.

Im Bereich der Sekundarstufe I (bisherige Haupt- und Realschulstandorte, künftige Regional- oder Gemeinschaftsschulen) sollen die Schulträger in regionaler und interkommunaler Abstimmung die Entscheidung zur künftigen Schulform unmittelbar mit der Vorbereitung von Kooperationsstrukturen verbinden, da ohne solche Kooperationen einige Schulstandorte absehbar die notwendige Schülerzahl nicht gewährleisten können.

Auch in der Sekundarstufe II soll ein möglichst wohnortnahes Schulangebot erhalten werden. Dies ist von hoher Bedeutung für die Zukunft der ländlichen Räume. So beeinflusst die Frage, in welcher Entfernung Oberstufen zur Verfügung stehen, das Wahlverhalten der Schüler und Eltern und damit letztlich die Chancengleichheit der Jugendlichen maßgeblich mit. Um bei dem zu erwartenden Rückgang der Schülerzahlen ein solches Angebot verlässlich längerfristig zu gewährleisten, soll durch eine

entsprechende Ausstattung (des Landes bzw. des jeweiligen Schulträgers) mit Personal- und Sachmitteln gewährleistet werden, dass kleinere Oberstufen bis zu einer Untergrenze von etwa 150 Schülern (Gesamtzahl über die Klassen 10 bis 12 an Gymnasien bzw. 11 bis 13 an Gemeinschaftsschulen) lebensfähig bleiben und attraktive Bildungsangebote machen können. Damit könnten voraussichtlich fast alle bisherigen Standorte der Sekundarstufe II in Dithmarschen und Steinburg gesichert werden. Zudem könnte ein großer Teil der kostenaufwändigen Wegezeitverlängerungen vermieden werden, die zustande kämen, wenn Oberstufen aufgrund der Personalausstattung und sonstiger Vorgaben erst ab einer Größe von 200 Schülern realisierbar wären (vgl. Abschnitt 5 der beigefügten Dokumentation). Überlegungen zur Neugründung von Oberstufen an sich bildenden Gemeinschaftsschulen sollen auf Basis der Ergebnisse des Abschnittes 5 der beigefügten Dokumentation mit großer Sorgfalt geprüft werden.

- Die hauptamtliche Verwaltung der Kreise wird gebeten, diese aus dem MORO-Projekt entwickelten Ziele und Grundsätze im Rahmen der Schulentwicklungsplanung umzusetzen und an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit der Bitte heranzutragen, die angestrebten kooperativen und flexiblen Lösungsansätze zu unterstützen.